

Nachrichten

RISIKOABHÄNGIG

Gentechnik - EuGH

Italien hatte 2013 ein Verbot des damals noch EU-weit erlaubten Anbaus einer GV-Maispflanze gefordert. Italien argumentierte dieses Verbot mit zwei italienischen Studien, die die Schädlichkeit der Pflanzen für die Umwelt bestätigen würden. Die EU-Kommission lehnte ein Verbot mit der Begründung ab, wonach die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) keinen wissenschaftlichen Beweis für die Gefährlichkeit des GV-Maises sehe. Der EuGH hat nun entschieden, dass EU-Mitgliedsstaaten nur dann den Anbau einer gentechnisch veränderten Pflanze verbieten dürfen, wenn diese tatsächlich ein „ernstes Risiko für Mensch oder Tier oder die Umwelt darstellt“. Das Vorsorgeprinzip, das eine „wissenschaftliche Unsicherheit“ für Risiken voraussetzt, reicht dem Urteil zufolge für Anbauverbote nicht aus. Begrün-

dung: Das Vorsorgeprinzip könne zwar das Ergreifen vorläufiger Risikomanagementmaßnahmen bei Lebensmitteln im Allgemeinen rechtfertigen. Es erlaube aber nicht, die Bestimmungen für genetisch veränderte Lebensmittel beiseite zu lassen, da diese Lebensmittel „bereits einer umfassenden wissenschaftlichen Bewertung unterzogen wurden.“ **SI**

AUFBEREITUNG

Abwassernutzung

Die Europäische Kommission möchte im Zuge des Europäischen Kreislaufwirtschaftspakets die Verwendung von behandeltem Abwasser fördern. Die Wasserwiederverwendung birgt mögliche Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU (JRC, Joint Research Centre) wurde von der EU-Kommission mit der Erstellung eines technischen Berichts zur Wasserwiederverwendung



Mindeststandards für Abwasserbehandlung fehlen.

beauftragt um Grundlagen für einen EU-Regelungsvorschlag für EU-Mindestanforderungen zu erarbeiten. Das Umweltbundesamt Deutschland kritisiert die bisherigen Ergebnisse als zu unkonkret und zu wenig weitreichend, um ein harmonisiertes Vorgehen und ein einheitliches Risikoniveau innerhalb der EU zu etablieren. Qualitätsanforderungen sollten auf einem vorsorgenden, systematischen und umfassenden Risikomanagementsystem aufbauen. Neben Krankheitserregern, Nährstoffen, anorganischen und organischen Schadstoffen sind explizit auch Mikroverunreinigungen, Antibiotikaresistenzen und Desinfektionsnebenprodukte zu berücksichtigen. Viele dieser Stoffe werden in der konventionellen Abwasserbehandlung nicht effizient entfernt. Für eine sichere Nutzung von behandeltem Abwasser sind weitergehender Aufbereitungsschritte erforderlich und müssten in EU-Mindestanforderungen berücksichtigt werden. EU-Mitgliedsstaaten dürfen nicht zur Wiederverwendung von Abwasser verpflichtet werden. **SI**

1,3 MIO. UNTERSCHRIFTEN

Update Glyphosat

Die Europäische BürgerInneninitiative (EBI) „Stopp Glyphosat“ hat mit Anfang September 1,3 Millionen Unterschriften in mehr als 11 europäischen Mitgliedsstaaten gesammelt. Damit wurde die erforderliche Hürde von mindestens einer Million Unterschriften in mindestens 7 EU-Mitgliedsstaaten erfüllt. Die Unterschriften wurden bereits zur Überprüfung an die Behörden übermittelt. Damit sollte die Europäische Kommission diese EBI als erfolgreich bestätigen und muss sich mit ihren Inhalten befassen. Es wird eine Anhörung dazu im Europäischen Parlament geben, bei der auch VertreterInnen der EK dabei sein werden. Die EBI fordert die EK auf, den Mitgliedsstaaten ein Verbot von Glyphosat vorzuschlagen, das Verfahren für die Genehmigung des Pestizids zu reformieren und EU-weit verbindliche Reduktionsziele für den Einsatz von Pestiziden festzulegen mit Blick auf die Erreichung einer pestizidfreien Zukunft. **SI**

NOCH EINE TASSE?

FAIRTRADE-Kaffee auf Österreichs Schiene

Die Organisation Südwind Steiermark fordert die ÖBB in ihrer aktuellen Unterschriftenkampagne dazu auf, künftig nur noch FAIRTRADE-Kaffee anzubieten. Ihr Vorbild dabei ist Deutschland. Hier wird seit April 2017 in den Zügen der Deutschen Bahn nur noch FAIRTRADE-zertifizierter Kaffee angeboten. Auch alle anderen Heißgetränke enthalten ausschließlich fair gehandelte Rohstoffe. Es wäre daher konsequent in Österreich denselben Weg hin zu fairen Arbeitsbedingungen zu gehen und als staatlicher Betrieb Vorbildfunktion einzunehmen. Kaffee mit dem Fairtrade-Zeichen garantiert den ProduzentInnen einen fairen Mindestpreis, schließt Zwischenhändler aus und verbietet Kinderarbeit. Die Organisation Fairtrade ist weltweit aktiv und hat in Österreich einen Umsatz von 2,2 Millionen Euro, Haupteinnahmen sind Zahlungen für die Lizenzvergabe. Beim Kaffee stammen rund 70 Prozent des fair gehandelten Kaffees aus biologischem Anbau. **SI**

PKW

Neuer Prüfzyklus für bessere Umwelt

Neue Abgas-Anforderungen für die PKW-Industrie sind seit 1. September 2017 in Kraft. Demnach müssen alle Pkw bei der Typenprüfung nach WLTC (Worldwide-harmonized Light vehicle Test Procedure) und RDE (Real Driving Emission) geprüft werden.

Dem WLTC liegen realistischere Annahmen (z.B. höhere Geschwindigkeiten) und weniger „Schlupflöcher“ (z.B. Gewicht) für die Hersteller im Prüflabor zu Grunde. Es ist zu erwarten, dass dadurch um 10 bis 15% mehr CO₂ ausgewiesen wird. Als Korrektiv werden bei RDE die Abgase eines Pkw erstmals auf der Straße kontrolliert. Hier dürfen auch bei widrigen Umständen (z.B. niedrige Außentemperatur) keine Obergrenzen überschritten werden. Relevant ist dies beim Grenzwert von 80 mg/km für Stickoxide (NO_x), der maximal um den Faktor 2,1 bzw. ab 2020 um 1,5 überschritten werden darf.

Erfreulich: Benziner mit Direkteinspritzung müssen jetzt endlich einen Feinstaub-Partikel-Filter aufweisen. Der „Benziner“

ist jetzt bei Feinstaub wirklich so „sauber“ wie der „schmutzige“ Diesel-Pkw, dem das schon seit 2011 vorgeschrieben wird. **FG**

MARKTMACHT EXTREM

EK äußert Bedenken zu Mega-Fusion Monsanto und Bayer

Die Europäische Kommission hat eine eingehende Prüfung eingeleitet, um die geplante Mega-Fusion der Agrar- und Chemiekonzerne Bayer und Monsanto zu prüfen. Die EK sorgt sich, dass dieser Zusammenschluss den Wettbewerb in Bereichen wie Pestizide, Saatgut und Gentechnik beeinträchtigen könnte. Monsanto und Bayer sind bereits jetzt marktführend in diesen Bereichen. Die weltweite Konzentration dieser Branchen wird damit weiter verstärkt. Die EK befürchtet höhere Preise, geringere Qualität, weniger Auswahl und Innovation in diesen bereits sehr konzentrierten Branchen. Das neue zukünftige Unternehmen würde über die größte Palette an Pestiziden und die größten Marktanteile bei Saatgut und Gentechnik verfügen. Da Bayer und Monsanto auch in die Sammlung von Daten

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



Kommentar

Lasst die Kinder zu mir kommen

So steht es in großen Lettern über dem Schultor meiner Kinder. Blickt man etwas tiefer, weiß man auch gleich, wie sie in die Schule kommen: mit dem Tretroller. An die 100 Roller säumen den Eingangsbereich. Für eine Schule mit rund 200 SchülerInnen ist das kein schlechter Schnitt. Die Umwelt- und Verkehrspolitik jubiliert, wenn Kinder selbstständig mit dem Roller, statt begleitet im elterlichen SUV, in die Schule kommen. Nebenbei ist diese Selbstständigkeit ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des Kindes.

Viele der Kids werden aber nicht wissen, dass sie damit „mit einem Fuß im Kriminal“ sind. Entweder weil es ihnen ihre Eltern aus pädagogischen Gründen verschwiegen haben, oder weil es die Erziehungsberechtigten selbst nicht wissen. Es ist nämlich verboten, Kinder unter zwölf Jahren unbegleitet auf dem Gehsteig fahren zu lassen. Sie müssen von Erwachsenen eskortiert werden. Der Sinn dieser Regelung ist schwer erkennbar. Lediglich bei Unfällen könnte es Auslegungen zu Lasten der (zu jungen) Kinder geben. Wobei gerade die Bedenken gegenüber dem Kindeswohl oder dem Wohl anderer VerkehrsteilnehmerInnen ausgeräumt werden können; denn in Deutschland und in der Schweiz funktioniert die Rollernutzung durch junge Kinder völlig legal und problemlos. Ebenso funktioniert die Nutzung in Österreich, nur halt illegal. Eigentlich ein gelebter Fall von *lex dubia non obligat* – ein zweifelhaftes Gesetz bindet nicht.

Zu bereinigen wäre die Chose durch eine einfache Änderung in der StVO. Entsprechende Anträge wurden im Parlament eingereicht, nur werden sie seit Jahren vertagt statt umgesetzt. „Lasst die Kinder zu mir kommen und wehret es ihnen nicht“, geht das Bibelzitat übrigens weiter. Quasi als Aufruf an jene, die die Änderung im Sinne der Kinder verhindern, insbesondere an jene Partei für die es neben Traktoren, Gigalintern, schnittigen Pkw und der Himmelfahrt offensichtlich keinen Verkehr geben darf.

***DI Gregor Lahounik** ist Raumplaner und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.



In Belgien wurde eine Änderung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes verabschiedet,

nach der ArbeitnehmerInnen vor reproduktionstoxischen Arbeitsstoffen (Stoffen, die die Fortpflanzung beeinträchtigen) auf die gleiche Weise zu schützen sind wie vor krebserzeugenden und erbgutverändernden Stoffen. In manchen EU-Ländern, darunter in Österreich, sind derartige Vorschriften bereits in Kraft. Auf EU-Ebene setzen sich die Gewerkschaften und der Europäische Gewerkschaftsbund EGB dafür ein, dass fortpflanzungsschädigende Stoffe den krebserzeugenden und erbgutverändernden gleichgestellt werden und für diese als CMR-Stoffe bezeichnete Gruppe EU-weit die gleichen, strengen Schutzmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen gelten. Die Gesetzesänderung in Belgien ist ein Schritt, der dieses Ziel unterstreicht.

China baut die Photovoltaik rasant aus. In der ersten Hälfte des Jahres 2017 betrug nach Angaben des Nachrichtenportals Euractiv die neu installierte Leistung 24,4 Gigawatt. Damit

steigt die gesamte installierte Kapazität auf 112 GW und erfüllt schon jetzt das Ausbauziel, das in China für 2020 vorgesehen war. China überholt damit auch die EU, die bei etwa 105 GW installierter Leistung hält; die Zuwächse in der EU sind viel verhaltener. Diese Entwicklung veranlasste den europäischen Branchenverband SolarPower Europe, China als leuchtendes Beispiel hinzustellen und zu fordern, dass das EU-Ziel für erneuerbare Energieträger von derzeit 27 Prozent auf 35 Prozent erhöht wird. In China steht schon heute die größte Photovoltaik-Farm der Welt: Sie misst etwa 30 Quadratkilometer.

Seit etwa einem Jahr werden im Białowieża-Urwald in Polen relativ umfangreiche Schlägerungen durchgeführt.

Bei diesem Naturschutzgebiet an der Grenze zu Weißrussland handelt es sich um eines der letzten verbliebenen Urwaldgebiete in Europa. Es ist als Natura 2000-Gebiet und als Vogelschutzgebiet eingestuft. Nachdem die Schlägerungs-Pläne der polnischen Regierung bekannt geworden waren,

sprach die EU-Kommission eine Warnung aus, da eine nachhaltige Schädigung des einzigartigen Gebiets zu befürchten sei. Da Polen darauf nicht reagierte, rief die Kommission den Gerichtshof an (Rechtssache C-441/17 R), damit dieser die Arbeiten einstweilig untersage, wie es Artikel 279 des Vertrags ermöglicht. Der Gerichtshof entschied außergewöhnlich rasch und sprach Ende Juli ein Verbot der Schlägerungen aus.

Der Emissionshandel (ETS) der Schweiz und der der EU werden nach sieben Jahren Verhandlungen verschmolzen. Der Deal hat vor allem symbolische Bedeutung und ist für die EU kaum spürbar: Zu den derzeit im EU ETS erfassten Emissionen von 1800 Millionen Tonnen pro Jahr aus etwa 11000 Anlagen kommen nun etwa 5 Millionen Tonnen aus 54 Anlagen in der Schweiz hinzu. Die Erfahrungen aus den Verhandlungen können aber beim Abschluss eines Vertrags zwischen der EU und Großbritannien hilfreich sein, der wegen des Brexit notwendig wird. **CS**

und Informationen über landwirtschaftliche Betriebe investiert, um die Beratung für die Betriebe zu verbessern, will die EK sich auch diesen Bereich hinsichtlich der Einschränkung des Wettbewerbes genau ansehen. Die EK hat bis zum 8. Jänner 2018 Zeit, diese Prüfung abzuschließen. Bisher wurden seitens der EK wenige Zusammenschlüsse abgelehnt und bei zu hoher Marktkonzentration mit entsprechenden Auflagen genehmigt. **SI**

WASSER IST WERTVOLL

Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan tritt in Kraft

Ende August 2017 – mit fast zweijähriger Verspätung – wurde der 2. Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP 2015) vom zuständigen Landwirtschafts- und Umweltministerium veröffentlicht und tritt damit offiziell in Kraft. Ziel ist die Sanierung von beeinträchtigten Fließgewässern sowie des Grundwassers. Bis spätestens 2027 haben alle österreichischen Gewässer einen guten ökologischen Zustand zu erreichen. Bis dahin sind noch über 60 Prozent der Fließgewässer sowie 14 Grundwasserkörper zu sanieren. Für die nächsten Jahre soll für Fischarten wie Nase, Barbe und Huchen der Lebensraum verbessert werden: Fischpassierbarkeit von Querbauwerken und Sanierung von Restwasserstrecken bei Kraftwerken sind vorgeschrieben. Bedauerlicherweise ist im NGP 2015 keinerlei Förderung für die ökologische Sanierung von Fließgewässern vorgesehen. Bei der Verbesserung von mit Nitrat und Pestiziden verunreinigtem Grundwasser wird auf bereits existierende freiwillige Umweltprogramme in der Landwirtschaft verwiesen. Aus Sicht



Fließgewässer in Österreich müssen geschützt werden.

der AK wären verpflichtende Maßnahmen, um den Eintrag von Nitrat und Pestiziden ins Grundwasser zu reduzieren, zielführender. **SI**

PKW-MOBILITÄT

Bald nur mehr E-Autos am Markt?

Derzeit überschlagen sich Autohersteller mit der Ankündigung, bald nur mehr E-Autos auf den Markt zu bringen. Sie reagieren damit auf den schlechten Ruf, der nach den diversen Abgasskandalen den Benzin- und Dieselmotoren anhaftet. Nur mehr Ewiggestrige behaupten, dass Diesel super sei.

Schon Anfang des Jahres hatte Opel in Aussicht gestellt, in Kürze nur mehr E-Autos zu bauen. Nachdem aber kurz darauf die Mutter von Opel, General Motors, die Marke überraschend an den französischen PSA-Konzern verkauft hat, ist die Zukunft dieses Plan ungewiss.

Im Juli kündigte der schwedisch-chinesische Autohersteller Volvo an, dass ab 2019 alle neu eingeführten Modelle einen Elektroantrieb haben werden. Das bedeutet nicht das plötzliche Ende der Verbrennungs-

motoren, da erstens die derzeit produzierten Serien nicht sofort auslaufen und da Volvo zweitens weiterhin Hybrid-Modelle entwickeln will, die neben dem Elektroantrieb auch einen Verbrennungsmotor haben. Dennoch war das mediale Echo sehr stark. Vor Kurzem folgte nun der Chef des Autokonzerns Daimler, Dieter Zetsche, mit der Ankündigung, dass alle Smarts ab 2020 nur mehr elektrisch angetrieben sein werden. **CS**

HORMONELL WIRKSAME CHEMIKALIEN

EU-Rat beschließt EDC-Kriterien

Schon 2009 wurde auf EU-Ebene beschlossen, dass Pflanzenschutzmittel keine hormonell wirksamen Chemikalien (EDC) enthalten dürfen. Da aber Kriterien fehlten, nach denen Chemikalien als hormonell wirksam einzustufen waren, blieb diese Bestimmung totes Recht. Mit großer Verzögerung legte die Kommission letztes Jahr einen Vorschlag vor, dem der Rat nun seine Zustimmung gab.

Die Reaktion darauf ist geteilt. Manche Industrievertreter sprachen sich gegen diese Kriterien aus, weil sie dazu führen könnten, dass Stoffe verboten würden, die im Normalfall sicher gehandhabt werden könnten. Umwelt-NGOs hingegen halten die Kriterien nicht für ausreichend klar, so dass zu jedem einzelnen Stoff lange politische Diskussionen folgen können, ob er hormonell schädigend wirken kann oder nicht. Darüber hinaus berücksichtigten sie nicht das

Vorsorgeprinzip, da Stoffe erst aufgrund eines unumstößlichen Beweises als EDC gelten, nicht schon, wenn es einen hinreichend begründeten Verdacht gebe.

Im Herbst wird das Parlament über den Vorschlag abstimmen. Nach der Beschlussfassung im Trilog wird erwartet, dass die EDC-Kriterien für Pflanzenschutzmittel auch in andere Rechtsakte übernommen werden. **CS**

PILZBEFALL

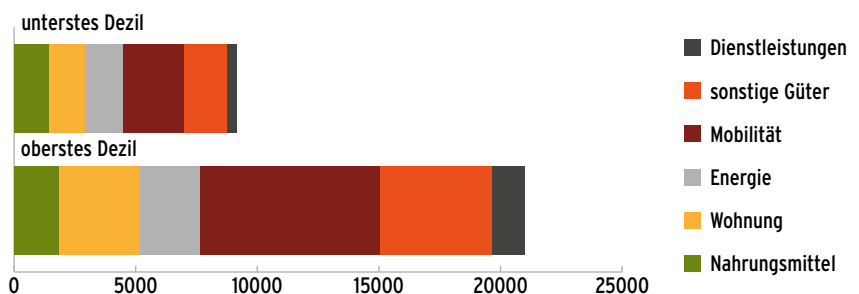
Gefahr im Batcave

Ein aus Europa eingeschleppter Pilz setzt den Fledermäusen in Nordamerika zu. Das sogenannte Weißnasen-Syndrom ist auf ihn zurückzuführen, diesem sind schon Millionen von Fledermäusen zum Opfer gefallen. Die Fledermäuse werden während der Winterruhe durch den Pilz zu stark geschwächt. Auf den Plan ruft das nicht nur Tierschützer, sondern auch die Landwirtschaft, letztlich vertilgt eine einzige Fledermaus in einer einzigen Nacht über 1.000 Insek-

WIRTSCHAFT UND UMWELT GRAFIK-DIENST

CO₂-Emissionen österreichischer Haushalte *)

*) CO₂-Äquivalent, nach Einkommen und Konsumkategorien (in kg/Jahr/Haushalt)



Haushalte mit höheren Jahreseinkommen verursachen aufgrund ihres gesteigerten Konsums eindeutig mehr Treibhausgasemissionen als ärmere Haushalte. Die reichsten 10% emittieren jährlich 21 Tonnen CO₂ je Haushalt. Das ist mehr als das Doppelte an Treibhausgasen als bei Haushalten mit den niedrigsten Einkommen. Während beim Nahrungsmittel- und Energiekon-

sum der Unterschied nicht so groß ist, ist er bei Mobilität und Wohnen besonders stark. Hier belasten die reichsten Haushalte das Klima rund um das Dreifache mehr. Im untersten Dezil sind die Verkehrsemissionen für etwa 1/4 der Emissionen verantwortlich, im reichsten Dezil verursacht das Mobilitätsverhalten fast 40% der Treibhausgase. **SL**

Nachrichten



VOR 30 JAHREN

Gewerkschaft und Umwelt

Wirtschaft und Umwelt 3/1987: Aus Sicht des ÖGB analysiert Werner Muhm die Rolle der der Umweltpolitik für die Gewerkschaften.

„Die Industriegesellschaft ist lang sorglos mit der Umwelt umgegangen und hat Fehler gemacht. Wenn die Gewerkschaften den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen, darf seine Beziehung zur Natur weder Unterwerfung unter diese noch ihre Zerstörung bedeuten. Es ist daher notwendig, den Umweltschutz glaubwürdig in die traditionellen wirtschaftspolitischen Ziele zu integrieren. Und mehr: ihn als eigenständiges Ziel zu sehen, das nicht dem Beschäftigungsziel automatisch unterzuordnen ist. Warum sind in Österreich die Gewerkschaften in einigen Bereichen in der Defensive? Ein Grund liegt darin, dass es wichtigen Entscheidungsträgern nicht gelungen ist, sozial verträgliche Lösungen anzubieten. Dem Bedürfnis nach Transparenz, Mitgestaltung und Einbeziehung der Betroffenen wurde zu wenig Rechnung getragen. Wir haben daher Schwächen im Konfliktlösungsmechanismus.“

VOR 15 JAHREN

Chemie im Essen

Wirtschaft und Umwelt 3/2002: Gesunde Lebensmittel brauchen strenge Kontrollen und eine ökologisch orientierte Agrarpolitik.

„Die Lebensmittelproduktion ist [...] ein durchtechnisierter Industriezweig geworden. Die Chemie spielt dabei eine zentrale Rolle und stellt ein großes Gefahrenpotenzial für Mensch und Umwelt dar. So führt die Verwendung von Kunstdüngern zu nutzlosem und schädlichem Pflanzenwachstum in Gewässern (Eutrophierung), zur Nitratbelastung von Grundwasser und zum Eintrag von Cadmium in den Boden. Der Einsatz von Pestiziden [...] führt zur Artenverarmung und stellt auch für die Bauern ein gesundheitliches Risiko dar. [...] Die Anwendung von Hormonen in der Tierzucht stellt für den Menschen eine Gefahr dar, sofern sie im Fleisch verbleiben. [...] Aber weil [Lebensmittel] unsere Gesundheit so unmittelbar betreffen, ist es auch legitim, ein hohes Niveau bei der Sicherheit und Kontrolle zu fordern. Wir müssen eben nicht alles schlucken, was uns vorgesetzt wird.“



Ein Pilz gefährdet die Fledermäuse.

ten. Eine Texanische Studie hat für den Baumwollanbau „durchgerechnet“, dass die Schädlingsbekämpfung der Fledermäuse für 1 Acre (0,4 ha) mit 74 US-Dollar (65 €) zu veranschlagen ist. Der Gesamtschaden für die Landwirtschaft durch einen Totalausfall der nächtlichen Jäger auf dem Nordamerikanischen Kontinent wird auf über 3,5 Mrd. US-Dollar (3,1 Mrd. €) geschätzt. Gute Nachrichten also für die Pestizidhersteller. Ein Genpatent auf den Pilz wurde noch nicht angemeldet. **GL**

KLIMASCHUTZBERICHT 2015

Gelungene Darstellung, düstere Perspektive

Ende August veröffentlichte das Umweltbundesamt den jüngsten Klimaschutzbericht, in dem die österreichischen Treibhausgas-Emissionen und die Trends und Einflussfaktoren bis zum Jahr 2015 analysiert werden. Die leicht rückläufige Entwicklung des Ausstoßes an Treibhausgasen zwischen 2005 und 2014 setzte sich im Jahr 2015 nicht fort; die Emissionen stiegen um 3,2 Prozent. Wesentliche Treiber für diese Entwicklung waren der vermehrte Einsatz fossiler Energieträger in der Stromerzeugung und der steigende Verbrauch von Kraftstoffen. Kohlendioxid (CO₂) macht mit 84,6 Prozent den Löwenanteil der Emissionen

aus, gefolgt von Methan (8,3 Prozent) und Lachgas (4,5 Prozent). Ziemlich genau zwei Drittel der Treibhausgase stammen aus der Verwendung fossiler Brennstoffe.

Neben der Darstellung der Entwicklung in Österreich zeigt der Bericht, wie sehr wirksame Maßnahmen zur Emissionsreduktion sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene immer dringender notwendig werden und wie die Zeit für die Erreichung der Klimaziele von Paris davonläuft.

Der Bericht kann unter www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/REP0622.pdf heruntergeladen werden. **CS**

DIESEL-PKW

Wird er „jemals“ sauber werden?

Spätestens seit „Dieselgate“ sind die Diesel-Pkw-Abgase im Fokus der Öffentlichkeit. Durch die bisherigen Euro-Abgasnormen konnte der Diesel-Pkw erfolgreich die Problembereiche Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxid und Feinstaubpartikel aus dem Auspuff vermindern. Offen sind Stickoxide (NO_x), die v.a. im Realbetrieb auf der Straße auch bei den modernsten Pkw anfallen und für Umwelt- und Gesundheitsprobleme (z.B. Grenzwertüberschreitungen und Fahrverbote) sorgen. Daneben gilt der Diesel-Motor als „Wunderwaffe“

im Kampf gegen Klimaerwärmung, weil er verbrauchsärmer als der Benziner ist.

Das Umweltbundesamt hat im Auftrag der AK Wien untersucht, ob die europäischen Diesel-Pkw-Hersteller die erforderlichen Grenzwerte für NO_x in Europa im Prüflabor und auf der Straße sowie die noch strengeren Vorgaben in den USA jemals erfüllen können. Untersucht werden auch die klimapolitischen Ergebnisse und die Frage, ob es durch Diesel-Pkw zwangsläufig zu Luft-Grenzwertüberschreitungen kommen muss. Antworten auf <http://wien.arbeiterkammer.at/uv-fakten>. **FG**

KLIMASCHUTZ

Emissionen der Landnutzung

Neben der Verbrennung fossiler Energieträger spielt auch die Änderung von Landnutzungen, etwa die Umwandlung von Wald in Ackerland, eine Rolle für die Emission von Treibhausgasen. Eine Zunahme der Waldfläche kann auch die Bindung von CO₂ aus der Atmosphäre bedeuten. Bisher wurden durch Landnutzung und -änderungen (LULUCF abgekürzt) in der EU pro Jahr 350 Millionen Tonnen Treibhausgase gebunden. Ab 2020 sollen die Nettoemissionen auf das EU-Ziel angerechnet werden. Dies gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, einen Teil ihrer Emissionen durch forstwirtschaftliche Maßnahmen zu kompensieren. Am 13. September gab das EU-Parlament grünes Licht. Während Vertreter der Forstwirtschaft die Entscheidung begrüßen, sind Umwelt-NGOs (Stichwort: Nutzung von Wald-Biomasse) mit dem Ergebnis nicht zufrieden, da damit nach ihrer Sicht Schlupflöcher für Emissionen entstehen. **CS**

INTERVIEW MIT GLOBAL 2000 GESCHÄFTSFÜHRERIN ELEONORE GEWESSLER

35 JAHRE GLOBAL 2000

Im September feierte die Umweltorganisation GLOBAL 2000 ihren 35. Geburtstag. Aus einer kleinen Gruppe von AktivistInnen entwickelte sich eine professionelle Organisation mit 75 Mitarbeiterinnen und zahlreichen Freiwilligen. Wir fragten die politische Geschäftsführerin **Eleonore Gewessler** nach bisherigen und zukünftigen Aufgaben für diese österreichische Umwelt-NGO.

Wie haben sich in den letzten 35 Jahren die Umweltprobleme und die Arbeitsweise von GLOBAL 2000 geändert? Sind die Zeiten spektakulärer Aktionen vorbei?

GLOBAL 2000 ist 1982 als Initiative von sechs AktivistInnen gestartet und hat gleich mit großen Transparenten auf Kraftwerken von sich reden gemacht. Seit damals hat sich vieles geändert, Stichwort Digitalisierung. Die zunehmende Globalisierung macht die Lösung von Umweltproblemen noch komplexer, der Wille der Politik, aktiv zu werden, ist aber nicht im selben Ausmaß gestiegen. GLOBAL 2000 ist mit den Aufgaben gewachsen, und hat früh entschieden, den Protest mit dem Entwickeln von Lösungen für Politik und Wirtschaft zu begleiten. Vor drei Jahren prangte wieder auf einem Kraftwerk ein GLOBAL 2000 Transparent - und hat mit dazu beigetragen, dass in Österreich Kohlestrom ein Ablaufdatum hat. Aktivismus, in welcher Form auch immer, ist einfach Teil unserer DNA - und es braucht ihn in dieser Gemengelage vielleicht heute dringender denn je.

Was sind die größten Erfolge von GLOBAL 2000?

In 35 Jahren konnten wir gemeinsam mit vielen UnterstützerInnen einiges in Österreich bewegen. Der Erfolg des Gentechnikvolksbegehrens 1997, die Aufdeckung des Pestizid-Skandals im Jahr 2002 und das Ende für die EU-Saatgutverordnung im Jahr 2014 sind drei von vielen Highlights, die für Umwelt und KonsumentInnen Positives bewirkt haben. Der Gesetzgeber und der Handel haben auch durch unsere Arbeit ihre Verantwortung wahrgenommen, damit

Vielfalt in der Natur - und auf unseren Tellern - erhalten bleibt.

Haben Sie eine Erklärung, warum im ehemaligen Umweltmusterland Österreich beim Klimaschutz so wenig passiert?

Österreich ruht sich beim Klimaschutz auf Lorbeeren der Vergangenheit aus. Es fehlten in den letzten Jahren jegliche mutige Initiativen. Wichtigen Förderprogrammen hat man sogar Geld gekürzt, wie z.B. der thermischen Sanierung. Wir müssen auch in Österreich bis 2050 weg von fossilen Energien, und Wirtschaft und Alltag auf saubere Erneuerbare umstellen. Vergangenheitstechnologien wie Öl, Kohle, Gas, Atom können da nicht mehr mit. Es geht also um ihr kurzfristiges Überleben, wenn die Ölindustrie uns weiter in der Abhängigkeit halten will. Politik wiederum funktioniert in immer kürzeren Zyklen. Leider verlieren im politischen Alltag zu viele AkteurInnen den Blick für die entscheidenden Fragen am Weg in eine öko-faire Zukunft. Da braucht es NGOs als mahnende Stimme.

Was wären umweltpolitisch die vordringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung?

Beim Klimaschutz endlich mehr als heiße Luft, nämlich verbindliche Strategien und Maßnahmenpakete beschließen, die uns verlässlich Richtung Klimaneutralität 2050 bringen. Eine Landwirtschaftspolitik, die uns in Österreich und Europa weg von der Abhängigkeit von chemisch-synthetischen Spritzmitteln am Feld bringt. Und ganz generell: mehr Mut, um auch große Zukunftsfragen anzugehen. Dafür gibt es mit Sicherheit Unterstützung in der Bevölkerung.



***Eleonore Gewessler** ist seit 2014 politische Geschäftsführerin von GLOBAL 2000, wo sie Inhalte und Kampagnen, Nachhaltigkeit und Öffentlichkeitsarbeit verantwortet. Von 2009-2014 war sie Geschäftsführerin der Green European Foundation in Brüssel. Sie ist außerdem in der Mitgliederversammlung der Heinrich Böll Stiftung/Berlin und vertritt GLOBAL 2000 im Europa-Vorstand des Umweltschutznetzwerks Friends of the Earth.